



Postulat

Zeit für mehr Demokratie!

In jüngerer Zeit werden unterschiedliche neue Formen der Demokratie entwickelt und in die Praxis umgesetzt. Beispielsweise in Irland¹, in Frankfurt am Main² oder im US-Bundesstaat Oregon³ werden mit sogenannten deliberativen* Verfahren im Rahmen von Bürger*innenbeteiligungen experimentiert. Und in der Gemeinde Sion (VS) fand im November 2019 das Pilotprojekt «Demoscan» in Zusammenarbeit mit der Universität Genf statt, bei dem 20 per Zufallsprinzip gezogene Bürger*innen eine Initiative diskutieren.⁴ Die SP/JUSO Fraktion ist überzeugt, dass auch die Stadt Luzern reif ist für die Erprobung neuer Formen der Partizipation und der direkten Demokratie.

Die letzte Neuerung in der Stadt Luzern stellt die Einführung partizipativer Verfahren im Rahmen von grösseren, vor allem städtebaulichen Projekten dar. Wenngleich die grundlegende Idee sehr löblich ist, gestaltet sich die Umsetzung oftmals eher defizitär. Meistens werden in erster Linie Interessenverbände eingebunden, die oftmals weder auf breiter Basis von der jeweiligen Bevölkerung legitimiert sind, noch personell eine grosse Varianz aufweisen. In diesem Sinne verdienen die bestehenden Verfahren ihren Namen nur bedingt, weil sie weder alle relevanten Bevölkerungsgruppen repräsentieren, noch intern wirklich demokratisch verfasst sind. So erhalten die bestehenden Formate den Charakter von Pro-Forma-Übungen, die ihrem angedachten Zweck nur sehr beschränkt zudienlich sind.

Die unterschreibenden PostulantInnen schlagen an Stelle der bestehenden partizipativen Verfahren ein neues Format vor: Es handelt sich dabei um eine themenspezifisch einberufene «Bürger*innen-Kommission», die es den Bewohner*innen der Stadt Luzern ermöglicht, ein Mitspracherecht im jeweiligen demokratischen Entscheidungsfindungsprozess zu erhalten, das über ihr übliches indirektes Mitspracherecht (Abstimmungen, Referenden, etc.) hinausgeht. Es soll zudem Personen, die ansonsten nicht am demokratischen Prozess teilhaben können (Personen ohne Schweizer Pass, Minderjährige, etc.), helfen, gezielt ihre Bedürfnisse und Anliegen einzubringen. Die einberufene «Bürger*innen-Kommission» soll die Bevölkerungsstruktur repräsentativ abbilden. Die Versammlung soll einen angeleiteten Diskussionsrahmen ermöglichen, in dem sich die Bürger*innen informieren, austauschen und über ihre Bedürfnisse verständigen können.

Die deliberativen Gremien können gezielt um aktuelle Themen herum formiert werden und bestehen aus Bevölkerungsvertreter*innen, die mittels dem Zufallsprinzip bestimmt werden. Die «Bürger*innen-Kommission» wird jeweils von Inputreferaten durch Expert*innen (bspw. aus der städtischen Verwaltung) eröffnet, die dazu dienen, allfällige Informationsasymmetrien unter den beteiligten Personen zu reduzieren. Diese gemeinsame Wissensbasis könnte im Rahmen eines Pro-/Kontraaustausches der Experten geschehen. An diese Auslegung der Informationslage würde dann eine moderierte Diskussion zwischen den Anwesenden anschliessen. Hierbei wäre es wichtig, sicherzustellen, dass alle Personen zu Wort kommen (z.B durch Diskussionen in Kleingruppen). Die Gespräche werden am Schluss im Plenum zusammengefasst, allfällige Varianten zur geheimen Abstimmung gebracht und eine Abschlusserklärung verfasst. Diese inhaltlich differenzierte Empfehlung wird an die entscheidende Instanz (Stimmbevölkerung, Exekutive, Legislative oder Verwaltung) weitergeleitet. Die betreffenden Instanzen sind dazu angehalten, bei ihrer Entscheidungsfindung Rücksicht auf diese inhaltliche Empfehlung der Bevölkerung zu nehmen und bei klar davon abweichender Haltung Rechenschaft über die Gründe hierfür

¹ Offizielle Homepage des irischen «Citizens' Assembly»: <https://www.citizensassembly.ie/en/>

² Frankfurter Demokratiekonvent: <https://www.demokratiekonvent.de>

³ Swiss Info Artikel vom 2. Juli 2017: https://www.swissinfo.ch/ger/direktedemokratie/standpunkt_das-buergerkomitee-demokratie-innovation-aus-oregon/43192066

⁴ NZZ Artikel vom 28.11.2019 zum Pilotprojekt «Demoscan» in Sitten: <https://www.nzz.ch/schweiz/20-zusammengewuerfelte-buerger-sollen-die-direkte-demokratie-neu-beleben-kann-das-funktionieren-ld.1524129>

* Deliberation gemäss Duden = Beratschlagung, Überlegung

abzulegen. Über die Resultate der Deliberation wird öffentlich informiert (bspw. im Abstimmungsbüchlein, im Stadtmagazin, per Medienmitteilung und auf der städtischen Webseite).

Es wäre grundsätzlich denkbar, dass die Teilnahme an den Gremien als Bürger*innenpflicht konzipiert wird. Hierbei ist jedoch spezielle Rücksicht darauf zu nehmen, dass sich die Teilnahme in keiner Weise negativ auf die Erwerbstätigkeit oder Betreuungspflichten der Teilnehmenden auswirkt. Die Umtriebe der Teilnahme an den Versammlungen sind durch die öffentliche Hand finanziell angemessen zu entschädigen. Während der Veranstaltung steht den Teilnehmenden ein Betreuungsangebot (für Kinder) zur Verfügung. Grundsätzlich sollte die Verantwortung für Information, Organisation und Auswertung dieser Formate bei der Stadt liegen.

Die Postulantinnen und Postulanten bitten den Stadtrat, die Lancierung eines Pilotprojekts zu prüfen und die Auswirkungen und den Nutzen neuer deliberativer Formate aufzuzeigen.

Im Namen der SP/JUSO-Fraktion
Yannick Gauch, Nora Peduzzi